

Wo ist das Problem?

Befristet Beschäftigte. In Deutschland haben nur 8 Prozent aller Beschäftigten einen befristeten Arbeitsvertrag – Tendenz sinkend. Besonders häufig befristet der öffentliche Dienst. Oft betrifft es Wissenschaftler, die für zeitlich begrenzte Projekte arbeiten. Schon von daher ist es wenig sinnvoll, das Befristungsrecht zu verschärfen, wie es jetzt gefordert wird.

„Befristungen auf dem Vormarsch.“ Solche Schlagzeilen liest man immer wieder. Regelmäßig wird dann versucht, aus solchen Meldungen politisches Kapital zu schlagen. So wollen SPD, Grüne, Linke und Gewerkschaften befristete Verträge verbieten, wenn es keinen sachlichen

Grund dafür gibt, und den Katalog der anerkannten Sachgründe durchforsten (Kasten Seite 2 rechts).

Die Begründung für diesen Vorstoß ist schon im Ansatz nicht haltbar. Denn der Anteil der Arbeitnehmer, die einen befristeten Arbeitsvertrag haben, ist seit 2005 letztlich

zurückgegangen. Und auch für die Jahre davor lässt sich kein richtiger Zuwachs identifizieren (Grafik).

Der Sprung im Jahr 2005 ist im Wesentlichen auf eine Umstellung der Statistik zurückzuführen. Es ist von daher unredlich, das Jahr 1991 mit dem Jahr 2013 zu vergleichen und daraus Handlungsbedarf abzuleiten (Kasten Seite 2 links).

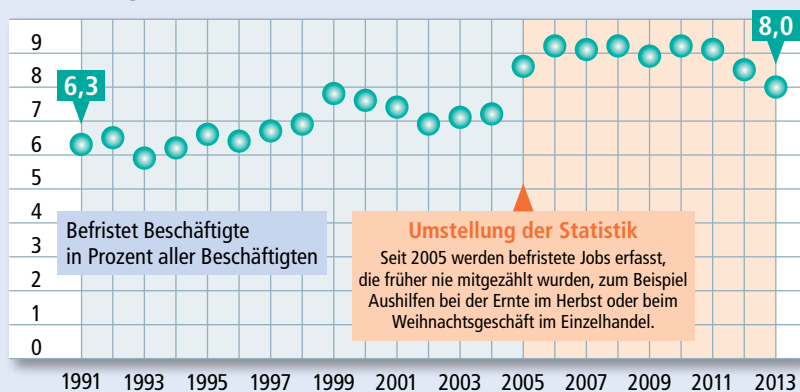
Überdies ist die Gruppe der befristet Beschäftigten auch nicht besonders schutzbedürftig. Denn es sind vor allem Universitätsabsolventen und Promovierte, die einen Vertrag mit Verfallsdatum haben.

So werden beispielsweise Doktoren häufiger befristet beschäftigt als Geringqualifizierte.

Dies hängt wesentlich mit der Einstellungspraxis des öffentlichen Dienstes zusammen. Während zum Beispiel im Verarbeitenden Gewerbe die Befristungsquote mit 7 Prozent unter dem Durchschnitt liegt, kommt die öffentliche Verwaltung auf 11 Prozent (Grafik Seite 2).

Noch höher ist die Quote in dem zur Verwaltung zählenden →

Befristungen nehmen wieder ab



Ohne Personen in Ausbildung, Wehr- oder Zivildienstleistende
Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien · iwd 44

Inhalt

Westafrika. Die Ebola-Epidemie setzt den Ländern Guinea, Liberia und Sierra Leone nicht nur humanitär, sondern auch wirtschaftlich zu.
Seite 3

Katalonien. Eigentlich wollte die wirtschaftlich starke Region im Nordosten Spaniens ein Unabhängigkeitsreferendum durchführen – nun gibt es vorgezogene Regionalwahlen.
Seite 4-5

Hochschule. Falls der Bund künftig dauerhaft die Lehre und Forschung an den Hochschulen unterstützen darf, braucht es ein neues langfristiges Finanzierungskonzept.
Seite 6-7

Zinsen. Wegen des niedrigen Zinsniveaus nimmt der Staat zwar weniger Abgeltungssteuern ein, muss aber auch selbst deutlich weniger Zinsen für seine Schulden zahlen.
Seite 8

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Präsident:
Arndt Günter Kirchoff
Direktor:
Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder:
Verbände und Unternehmen
in Deutschland

→ Bereich Erziehung und Unterricht, was auf die rigorose Befristungspraxis der Hochschulen zurückzuführen ist – für Wissenschaftler hat der Gesetzgeber sogar erleichterte Befristungsregeln erlassen. Deshalb haben dort junge Akademiker zu 80 Prozent Zeitverträge.

Für den Einzelnen mag das ärgerlich sein – ein generelles Problem ist es nicht. Denn Akademiker haben viel bessere Verdienst- und Arbeitsmarktchancen als andere – sie fallen mithin nicht in ein ökonomisches Loch, wenn ein Vertrag ausläuft.

Eine weitere Regulierung der Befristungsmöglichkeiten ist aber nicht nur unnötig, sondern wäre schon deshalb besonders kontraproduktiv, weil hierzulande Entlassungen nur in ganz engen Grenzen möglich und sehr teuer sind:

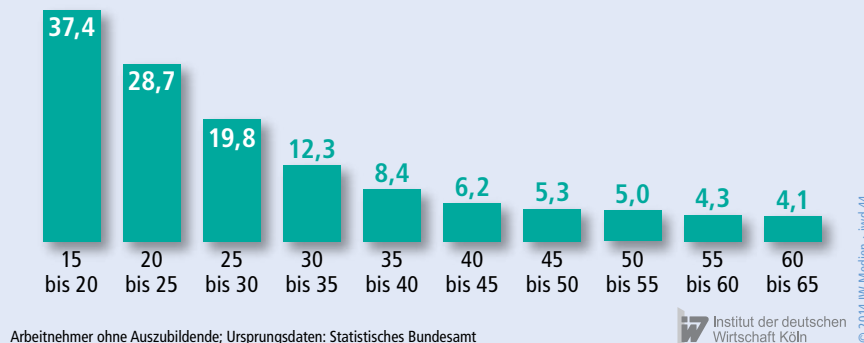
Beim Kündigungsschutz belegt Deutschland im Vergleich aller Industrieländer den Spitzenplatz.

Was an Flexibilität bei Standard-Beschäftigungsverhältnissen fehlt, muss durch Befristungen oder Zeitarbeit kompensiert werden. Sind auch diese Wege eingeschränkt, nimmt der Staat den Betrieben die Möglichkeit, rasch auf eine schwankende Nachfrage zu reagieren.

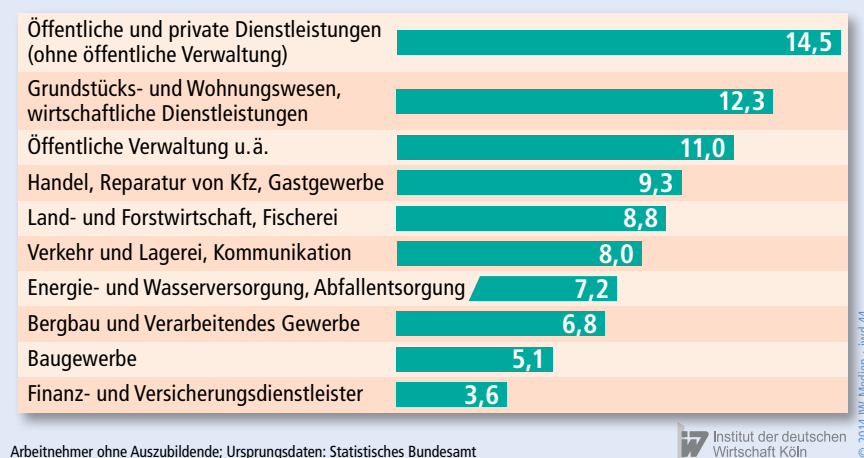
Wer befristet beschäftigt ist

Stand: 2012

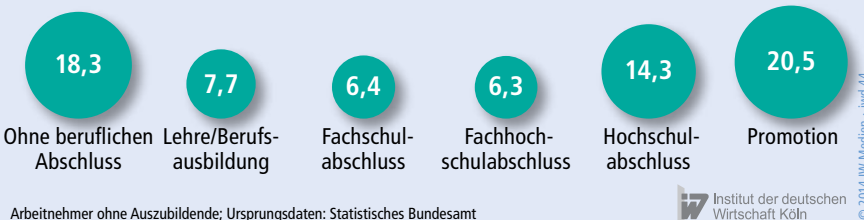
Befristet Beschäftigte in Prozent aller Beschäftigten der jeweiligen Altersgruppe in Jahren



Befristet Beschäftigte in Prozent aller Beschäftigten des jeweiligen Wirtschaftszweigs



Befristet Beschäftigte in Prozent aller Beschäftigten der jeweiligen Qualifikationsstufe



Befristungs-Statistik

Im Jahr 2005 wurde die Erhebungsmethode grundlegend geändert. Bis 2004 wurden Haushalte an einem einzigen Stichtag im Frühjahr danach befragt, ob jemand einen befristeten Arbeitsvertrag hat. Seit 2005 erfolgen die Befragungen über das ganze Jahr hinweg. Dadurch werden nunmehr befristete Jobs erfasst, die es zuvor zwar auch gab, die aber wegen des Frühjahrstermins nie mitgezählt wurden – zum Beispiel Helfer bei der Weinlese.

Das Teilzeit- und Befristungsgesetz

Eine Befristung ist diesem Gesetz zufolge uneingeschränkt möglich, wenn ein sachlicher Grund vorliegt – das kann eine Schwangerschaftsvertretung sein oder ein vorübergehender Arbeitskräftebedarf. Im Zweifelsfall entscheiden bislang die Arbeitsgerichte, ob ein Sachgrund tragfähig ist.

Der öffentliche Dienst hat sich einen eigenen Sachgrund ins Gesetz geschrieben: Wenn ein Arbeitnehmer aus befristeten Haushaltsmitteln bezahlt wird, darf auch sein Job zeitlich begrenzt werden.

Befristungen ohne Sachgrund sind bei Neueinstellungen bis zu zwei Jahren möglich. Die Arbeitsgerichte haben entschieden, dass eine Beschäftigungspause von drei Jahren erforderlich ist, bevor ein Arbeitnehmer erneut ohne sachlichen Grund befristet eingestellt werden darf. Erleichterte Befristungsregeln gelten für neu gegründete Unternehmen und für ältere Arbeitslose.

Epidemie für die Wirtschaft

Westafrika. Das Ebola-Virus breitet sich weiter aus. Bis zum 25. Oktober wurden weltweit mehr als 10.000 Fälle gemeldet, knapp die Hälfte mit einem tödlichen Ausgang. Besonders betroffen sind Guinea, Liberia und Sierra Leone. Für diese Länder ist die Epidemie ein herber Rückschlag, denn wirtschaftlich waren sie in den vergangenen Jahren auf einem guten Weg.

Die drei Länder in Westafrika haben zuletzt viele Fortschritte gemacht. Allein 2013 lag das reale Wirtschaftswachstum in Liberia bei 8 Prozent und in Sierra Leone bei 16 Prozent. Und auch die Bilanz der vergangenen zehn Jahre zeigt einen klaren Aufwärtstrend.

Dazu kommen deutliche Verbesserungen in der Lebensqualität der Menschen. So werden immer mehr Kinder geimpft, die Sterberate der unter Fünfjährigen ist in den vergangenen 20 Jahren von über 200 pro 1.000 Geburten auf 101 in Guinea, 161 in Sierra Leone und 71 in Liberia gesunken. Die Lebenserwartung lag in den 1960er Jahren noch bei etwa 30 Jahren. Sie ist mittlerweile auf 45 Jahre in Sierra Leone, 56 Jahre in Guinea und 60 Jahre in Liberia gestiegen – auch wenn sie damit im internationalen Vergleich noch immer sehr niedrig bleibt.

Nichtsdestotrotz ist die Lage der drei Länder fragil – auch ohne die Ebola-Auswirkungen (Grafik):

Rund 70 Prozent der Bürger in Guinea müssen immer noch mit weniger als 2 Dollar am Tag auskommen. In Sierra Leone sind es 80 Prozent, in Liberia sogar 95 Prozent der Menschen.

Nur etwa 40 Prozent der Erwachsenen in Liberia und Sierra Leone können lesen und schreiben, in Guinea liegt die Alphabetisierungsrate bei 25 Prozent.

Der Handel der drei Staaten mit Deutschland und der Welt ist sehr agrar- bzw. rohstofflastig:

Sierra Leone lebt vor allem von der Landwirtschaft, 57 Prozent des Bruttoinlandsprodukts entstehen im Agrarsektor. Auf den deutschen Markt liefert das Land in erster Linie Kakao – 2013 entfiel mehr als die Hälfte der Warenexporte nach Deutschland im Wert von rund 4,7 Millionen Euro auf Kakaoprodukte, 12 Prozent auf Zucker.

Guinea und Liberia haben sich auf den Export anderer Rohstoffe spezialisiert. Über 30 Prozent der gesamten Exporte aus **Guinea** entfallen auf Rohöl und Rohölprodukte, 41 Prozent auf Aluminiumerze wie Bauxit. Deutschland führte 2013 Waren für gut 84 Millionen Euro aus Guinea ein, im Gegenzug lieferten deutsche Firmen Waren – hauptsächlich Maschinen und Fahrzeuge – für knapp 33 Millionen Euro in das westafrikanische Land.

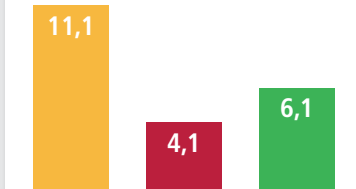
Liberias Exporte bestehen zu mehr als einem Drittel aus Eisenerz und Eisen. Deutschland bezog im vergangenen Jahr Waren für knapp 46 Millionen Euro von dort – vorwiegend Eisenerz (57 Prozent) und Naturkautschuk (21 Prozent). Dem stehen Lieferungen von Waren in Höhe von nahezu 79 Millionen Euro gegenüber. Vor allem Fahrzeuge, elektrische Ausrüstungen, Metall-erzeugnisse und Maschinen made in Germany sind in Liberia gefragt.

Die Ebola-Länder in Zahlen

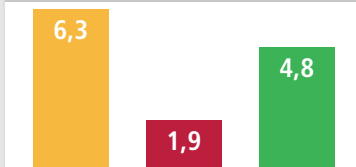
im Jahr 2013



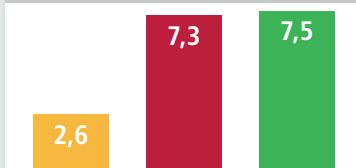
Bevölkerung in Millionen



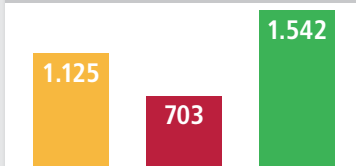
Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Milliarden Dollar



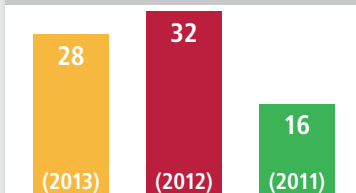
BIP-Wachstum im Durchschnitt der Jahre 2004 bis 2013 in Prozent



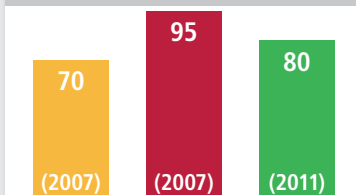
BIP je Einwohner in Dollar (kaufkraftbereinigt)



Exporte in Prozent des BIP



Armutsrate in Prozent



Armutsrate: So viel Prozent der Bevölkerung haben weniger als 2 Dollar pro Tag zur Verfügung, kaufkraftbereinigt; Bevölkerung, BIP, BIP-Wachstum, BIP pro Kopf: teilweise Schätzung des IWF; Ursprungsdaten: Internationaler Währungsfonds (IWF), Weltbank

Unabhängigkeit bleibt auf der Agenda

Katalonien. Auf Druck des spanischen Verfassungsgerichts und der Zentralregierung in Madrid hat Katalonien das für den 9. November geplante Referendum zur Unabhängigkeit der Region abgesagt. Aber aufgeschoben ist nicht aufgehoben – immerhin geht es um viel Geld.

Dass sich viele Katalanen von Spanien lösen wollen, hat zum Teil über Jahrhunderte gewachsene Gründe – wie die regionale Kultur und die lebendige eigene Sprache. Doch auch der schnöde Mammon dürfte eine wesentliche Rolle spielen, schließlich erwirtschaftet Katalonien mit 16 Prozent der spanischen Bevölkerung 19 Prozent der gesamten Wirtschaftsleistung des Landes.

Für das relativ hohe Bruttoinlandsprodukt und die überdurchschnittlichen Einkommen sorgen unter anderem eine starke Automobilindustrie und der florierende Tourismus. Die dadurch erzielten Steuereinnahmen von zuletzt 17 Milliarden Euro – ein Fünftel des Aufkommens aller spanischen Regionen – würden die Katalanen gerne selbst behalten. Bislang müssen sie einen erheblichen Teil davon in den spanischen Länderfinanzausgleich stecken.

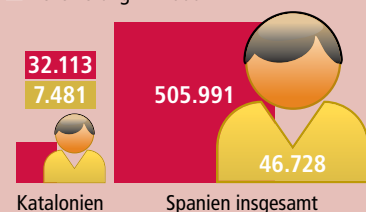
Vor diesem Hintergrund setzt die katalanische Regierung nach der erzwungenen Absage des November-Referendums nun auf vorgezogene Regionalwahlen, um die Bürger quasi indirekt zum Thema Unabhängigkeit zu befragen. Doch selbst wenn die Befürworter der Abspaltung noch stärker werden sollten, dürfte Madrid alles daransetzen, dass eine in Sachen Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur so bedeutende Region im Landesverbund bleibt.

Zudem ist völlig unklar, wie es mit Katalonien nach einer Trennung von Spanien weitergehen würde. Da wäre zum Beispiel die Frage nach der EU-Mitgliedschaft oder der künftigen Währung – Themen, die vermutlich mit dazu beigetragen haben, dass sich die Schotten vor kurzem gegen die Unabhängigkeit entschieden haben.

Land und Leute

im Jahr 2013

- Fläche in Quadratkilometern
- Bevölkerung in 1.000

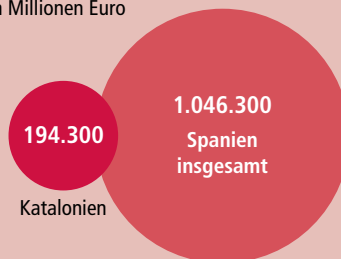


Quelle: Eurostat

Mit gut 32.000 Quadratkilometern ist Katalonien die sechstgrößte der 19 spanischen Regionen. Nummer eins ist „Kastilien und León“ im Nordwesten des Landes mit mehr als 94.000 Quadratkilometern. Hinsichtlich der Bevölkerung belegt Katalonien mit seiner 1,6-Millionen-Metropole Barcelona dagegen hinter Andalusien Rang zwei. Die mit Abstand kleinsten Regionen sind die autonomen Städte Ceuta und Melilla – sie liegen als spanische Exklaven auf dem afrikanischen Kontinent und zählen jeweils weniger als 100.000 Einwohner.

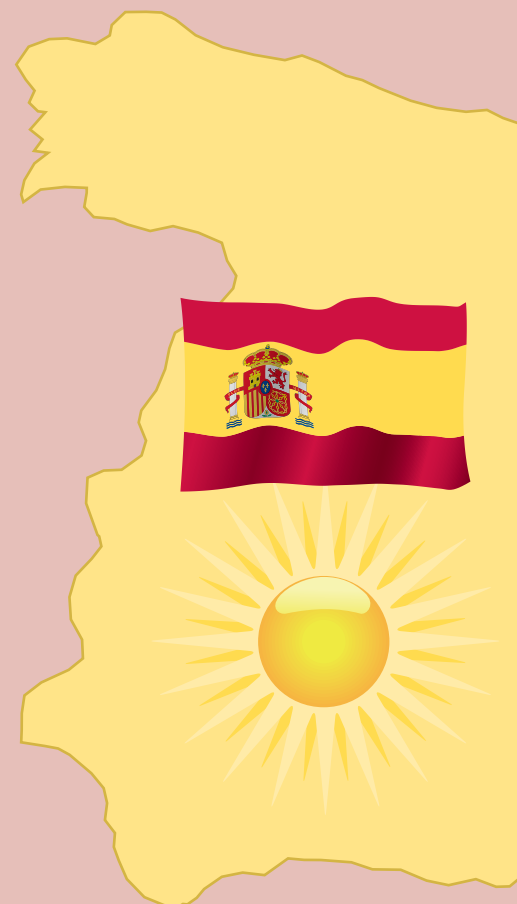
Wirtschaftskraft

Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2011 in Millionen Euro



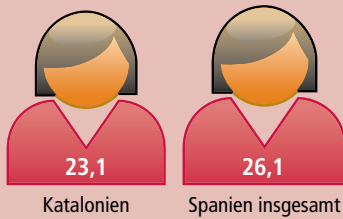
Quelle: Eurostat

Mit einem Bruttoinlandsprodukt (BIP) von zuletzt gut 1 Billion Euro ist Spanien die fünftgrößte Volkswirtschaft der Europäischen Union. Katalonien trug im Jahr 2011 knapp 19 Prozent zur spanischen Wirtschaftsleistung bei und lag damit knapp vor Madrid auf dem ersten Platz aller Regionen des Landes. Je Einwohner gerechnet, ist Katalonien allerdings nur die Nummer vier – hinter dem Baskenland, Madrid und dem südlich der Pyrenäen gelegenen Navarra.



Arbeitsmarkt

Arbeitslosenquote im Jahr 2013 in Prozent



Quelle: Eurostat

Die Euro-Schuldenkrise hat die spanische Wirtschaft gebeutelt – entsprechend dramatisch ist vielerorts die Arbeitsmarktsituation. Im Schnitt hatten im vergangenen Jahr gut 26 Prozent aller Erwerbspersonen in Spanien keine Stelle. In Katalonien war die Lage ein wenig besser – mit rund 23 Prozent lag die Arbeitslosenquote knapp unter dem Landesdurchschnitt. Die geringste Quote verzeichnete 2013 das Baskenland (17 Prozent), die meisten Arbeitslosen gab es in Andalusien (36 Prozent).

Einkommen

Verfügbares Nettoeinkommen je Einwohner im Jahr 2011 in Euro

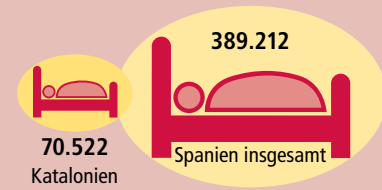


Quelle: Eurostat

Dass Katalonien eine recht wirtschaftsstarke Region ist, lässt sich auch am Pro-Kopf-Einkommen ablesen. Nach Abzug von Steuern und Abgaben hatte jeder Katalane 2011 im Schnitt 16.100 Euro zur Verfügung – gut 2.000 Euro mehr als der Durchschnittspanier. Das höchste Nettoeinkommen aller spanischen Regionen konnten allerdings die Einwohner des Baskenlandes mit je 18.900 Euro für sich verbuchen. Die rote Laterne hielten die Menschen in der Extremadura im Südwesten Spaniens mit lediglich 10.800 Euro.

Tourismus

Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben für Touristen im Jahr 2013 in 1.000



Quelle: Eurostat

Barcelona mit seinen vielen Sehenswürdigkeiten sowie die Strände der Costa Brava und Costa Dorada – Katalonien bietet viele Attraktionen. Entsprechend zählten die Hotels und Pensionen der Region im vergangenen Jahr mehr als 70 Millionen Übernachtungen von in- und ausländischen Gästen. Damit zog Katalonien zwar nicht ganz so viele Touristen an wie die Kanarischen Inseln mit 89,8 Millionen, aber mehr als die Balearen, die trotz der Urlauberhochburg Mallorca insgesamt nur auf 65,3 Millionen Gästeübernachtungen kamen.

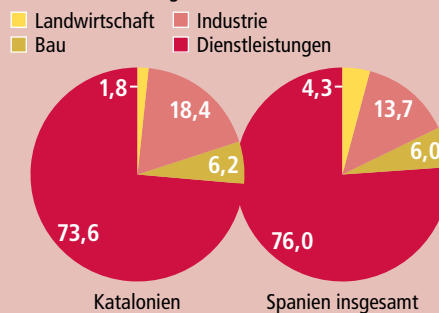
Katalonien und Spanien in Zahlen

Interaktive Karte mit Daten zu allen spanischen Regionen unter: iwkoeln.de/spanien



Wirtschaftsstruktur

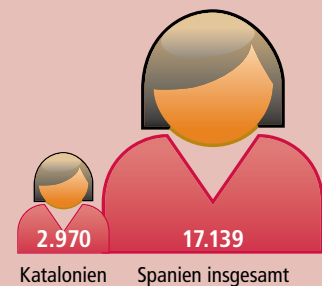
Anteil der Beschäftigten im Jahr 2013 in Prozent



Quelle: Institut d'Estadística de Catalunya

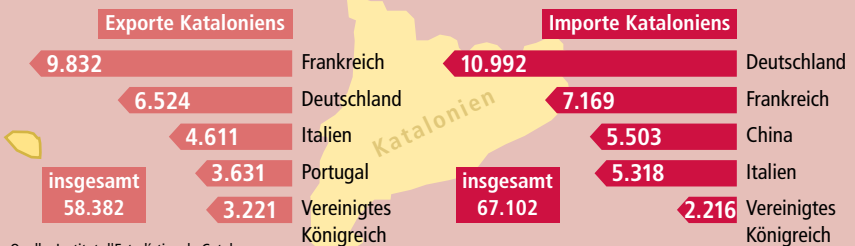
Von den knapp drei Millionen Beschäftigten Kataloniens arbeiten nahezu drei Viertel im Dienstleistungssektor. Die weitaus stärkste Servicebranche ist dabei der Handel mit zuletzt gut 500.000 Mitarbeitern und einem Umsatz von mehr als 110 Milliarden Euro. Jeweils mehr als 200.000 Katalanen sind im Verwaltungsbereich sowie im Gastgewerbe tätig. Der wichtigste Arbeitgeber in der Industrie ist die Nahrungsmittelbranche mit gut 67.000 Beschäftigten.

Beschäftigte insgesamt in 1.000



Außenhandel


im Jahr 2013 in Millionen Euro



Quelle: Institut d'Estadística de Catalunya

Frankreich und Deutschland sind die wichtigsten Handelspartner Kataloniens. Allein 28 Prozent der Exporte aus der Region wurden im vergangenen Jahr an französische und deutsche Kunden verkauft. Die bedeutendste Exportbranche ist die Chemie – ihre Ausfuhren erreichten 2013 einen Wert von 14,4 Milliarden Euro –, gefolgt vom Fahrzeugbau mit 9,8 Milliarden Euro und der Nahrungsmittelindustrie mit 6,7 Milliarden Euro. Chemische Erzeugnisse sowie Fahrzeuge und Fahrzeugteile dominieren aber auch die Importseite. Der drittgrößte Posten auf der Einfuhrrechnung sind Energieprodukte.

Blaupause für die Finanzierung

Hochschule. Wenn alles klappt, dürfen Bund und Länder künftig die Forschung und Lehre an den Hochschulen dauerhaft gemeinsam finanzieren. Bislang darf der Bund Universitäten und Fachhochschulen nur temporär unterstützen. Ein Konzept des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) zeigt, wie die Bundesmittel langfristig effizient in den Hochschulen eingesetzt werden könnten. 

Dass Bund und Länder in puncto Bildung langfristig erfolgreich zusammen agieren können, zeigt sich in der Forschung: Gemessen an den Publikationsleistungen, Wissenschaftspreisen, Patentanmeldungen und dem Zustrom ausländischer Wissenschaftler nimmt Deutschland weltweit einen Spitzenplatz ein.

Seit Jahrzehnten verfügen Bund und Länder unter dem Dach der

Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK) – vormals Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung – über einen Ordnungsrahmen, der die gemeinsame Finanzierung der Forschung regelt. Mit der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), einer Selbstverwaltungsorganisation der Wissenschaft, bestand zudem bereits vor der Exzellenzinitiative –

einer Institution, die herausragende Forschung an deutschen Universitäten fördert – ein Instrument, das unter Wettbewerbsbedingungen Mittel in die Hochschulen lenkt.

Rund 8,3 Milliarden Euro veranschlagt die GWK 2014 für die Forschung außerhalb der Hochschulen sowie für die Arbeit der DFG – 70 Prozent davon trägt der Bund, den Rest schultern die Länder.

Durch den 2005 geschlossenen Pakt für Forschung und Innovation steigen die Mittel der geförderten Einrichtungen zudem jährlich um 5 bzw. ab 2016 um 3 Prozent.

An den Hochschulen dagegen ist der Geldstrom noch nicht so komfortabel gesichert. Damit der Bund sich langfristig in der akademischen Forschung und Lehre engagieren kann, bedarf es einer Verfassungsänderung – und der muss der Bundesrat im Dezember erst noch zustimmen. Aus diesem Grund hat der Bund die Hochschulen bislang mit zeitlich befristeten Programmen wie der Exzellenzinitiative oder dem Hochschulpakt, einer Bund-Länder-Initiative, unterstützt (Grafik):

In den vergangenen zehn Jahren sind die öffentlichen Mittel für die Hochschulen um fast 43 Prozent gewachsen, was vor allem auf den Bund zurückzuführen ist, der seine Anstrengungen mehr als verdoppelt hat.

Doch auch die Länder steigerten ihre Finanzierungsaufwendungen – zwischen 2003 und 2013 um durchschnittlich 32 Prozent.

Falls es Ende dieses Jahres zu einer Änderung des Grundgesetzartikels 91b kommt, darf der Bund erstmals dauerhaft mit den Ländern die

Hochschulfinanzierung: Was Bund und Länder leisten

So viele Millionen Euro wendeten die öffentlichen Haushalte im Jahr 2013 für die Hochschulen auf

■ Veränderung gegenüber 2003 in Prozent

Bund	4.851	127,4
Länder:		
Hessen	2.087	64,8
Nordrhein-Westfalen	5.685	49,3
Baden-Württemberg	3.022	41,2
Mecklenburg-Vorpommern	429	36,3
Sachsen	1.127	36,1
Rheinland-Pfalz	762	32,9
Niedersachsen	1.883	21,0
Schleswig-Holstein	511	20,5
Bayern	2.827	20,2
Brandenburg	286	17,7
Berlin	1.286	8,4
Sachsen-Anhalt	561	8,1
Hamburg	603	7,0
Thüringen	486	6,3
Saarland	226	1,9
Bremen	191	-14,5
Insgesamt	26.822	42,6

Bremen: wegen veränderter Verbuchungsmodalitäten nicht vergleichbar
Quelle: Statistisches Bundesamt

Hochschulfinanzierung betreiben. Das IW Köln legt nun ein Konzept vor, wie die Bundesmittel, die den Hochschulen bislang jährlich in befristeten Projekten zur Verfügung gestellt werden – 2015 waren dies 3,5 Milliarden Euro –, künftig in der Lehre und der Forschung eingesetzt werden könnten (Tableau):

- Momentan wird ein Teil des Geldes aus dem Hochschulpaket für die Finanzierung von neuen Studienplätzen ausgegeben. Um die Zahl der Studienabbrecher zu verringern, bietet es sich an, dieses Geld in einen **Absolventenbonus** umzuwandeln: Jede Uni oder FH, die einen Studenten erfolgreich zum Studienabschluss bringt, erhält Geld dafür.
- Einige befristete Mittel, die derzeit etwa im Wettbewerb „Qualität der Lehre“ stecken, sollten für eine **Deutsche Lehrgemeinschaft** aufgewendet werden. Darunter wird eine noch zu gründende Organisation verstanden, die in Analogie zur DFG Projektgelder zur Verbesserung der Lehre in einem Wettbewerbsverfahren verteilt.

Langfristig könnten hierin auch die Kompensationsmittel für die Abschaffung der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau aufgehen – allerdings erst, wenn der Sanierungsstau an den Hochschulen behoben ist.

- Die Mittel der Exzellenzinitiative und Teile des Hochschulpakts sollten dauerhaft im Portfolio der **Deutschen Forschungsgemeinschaft** verankert werden – schließlich haben die Wettbewerbsanreize der Exzellenzinitiative zu innovativen Kooperationen zwischen Hochschulen, externen Forschungseinrichtungen und Unternehmen geführt.

Zusätzlich sollte der Umgang mit privaten Drittmitteln nicht zu stark eingeschränkt werden: Den Hoch-

Hochschulfinanzierung: So wären die Bundesmittel langfristig gut verteilt

IW-Vorschlag für einen künftigen Einsatz der zurzeit noch befristeten Hochschul-Bundesmittel am Beispiel der Aufwendungen für das Jahr 2014

Tatsächlich wird das Geld derzeit ausgegeben für	in Millionen Euro	Künftig sollte das Geld investiert werden in
Hochschulpaket – Programmlinie Studienplätze (dient der Finanzierung zusätzlicher Studienplätze)	1.861,2	Absolventenbonus (Vergabe durch die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz)
Kompensationsmittel für die Beendigung der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau (die ehemaligen Finanzierungsanteile des Bundes für den Hochschulbau stehen den Ländern seit 2014 auch für andere Investitionen außerhalb der Hochschule zur Verfügung)	695,3	Zweckbindung für die Länder aufrechterhalten
Exzellenzinitiative	377,0	Förderung durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft
Hochschulpaket – Programmlinie Overheadpauschalen (dient der Finanzierung zusätzlicher indirekter Projektkosten (z.B. Material- und Energieverbrauch))	353,5	Förderung durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft
Hochschulpaket – Programmlinie Qualität der Lehre (dient der Finanzierung von Projekten zur Verbesserung der Hochschullehre)	200,0	Förderung durch eine Deutsche Lehrgemeinschaft (das ist eine noch zu schaffende Organisation, die als Pendant zur Deutschen Forschungsgemeinschaft im Wettbewerbsverfahren Projektgelder zur Verbesserung der Lehre vergibt)
Wettbewerb „Aufstieg durch Bildung – offene Hochschulen“ (dient der Finanzierung von Projekten z.B. zur Verbesserung der Durchlässigkeit von beruflicher und akademischer Bildung)	31,7	Förderung durch eine Deutsche Lehrgemeinschaft
Kompensationsmittel für die Aufgabe der Gemeinschaftsaufgabe Bildungsplanung (das war eine Bund-Länder-Vereinbarung zur Planung und Durchführung von Modellversuchen im Bildungswesen)	19,9	Förderung durch eine Deutsche Lehrgemeinschaft
Insgesamt	3.538,60	

Quellen: Gemeinsame Wissenschaftskonferenz, IW Köln

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - wkd 44

schulen sollten ebenso viele Handlungsspielräume gegeben werden wie den außeruniversitären Forschungseinrichtungen durch das Wissenschaftsfreiheitsgesetz.

Neben diesen neuen Wegen der gemeinsamen Hochschulfinanzierung ist aber auch ein grundsätzlicher politischer Paradigmenwechsel nötig. Es braucht Institutionen und Verfahren, die gemeinsame Strategien und Entscheidungen in der Hochschulfinanzierung ermöglichen, die aber auch die Eigenstän-

digkeit der Bundesländer respektieren – eine Aufgabe, die nach entsprechender Weiterentwicklung von der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz übernommen werden könnte.



IW-Positionen Nr. 68

Christiane Konegen-Grenier:
Hochschulfinanzierung 2020 – Strategien nach Ende des Hochschulpakts und der Exzellenzinitiative,
Köln 2014, 50 Seiten, 11,80 Euro

**Versandkostenfreie Bestellung unter:
iwmedien.de/bookshop**

Ein gutes Geschäft

Zinsen. Für den Staat ist die Billigzinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) unter dem Strich ein profitables Geschäft. Auch wenn die Bundesrepublik von Sparern Milliarden weniger an Abgeltungssteuer kassiert, so spart der Staat doch fast zehnmal so viel bei den Zinsen, die für Schulden fällig sind.

Laut Bundesbank betrug der Zinssatz für Staatspapiere im Jahr 2007 – bevor die Eurokrise ausbrach – im Durchschnitt 4,3 Prozent, 2013 waren es nur noch 1,3 Prozent. Dadurch sparten Bund, Länder und Gemeinden allein 2013 Zinszahlungen von rund 37 Milliarden Euro, 25 Milliarden Euro entfielen dabei auf den Bundeshaushalt.

Was des einen Freud, ist jedoch des anderen Leid. Denn mit ihrer Strategie hat die EZB einen Kreislauf in Gang gebracht, der zu einem deutlichen Einbruch der Sparzinsen führte – sie haben sich in den vergangenen fünf Jahren mehr als halbiert.

Als Folge dieses Zinsschnitts plündern immer mehr Anleger ihre Sparkonten. Im Jahr 2013 hatten die privaten Haushalte 1.138 Milliarden Euro in Sparbüchern, Geldmarktpapieren und langfristigen festverzinslichen Wertpapieren angelegt – satte 70 Milliarden Euro weniger als 2009.

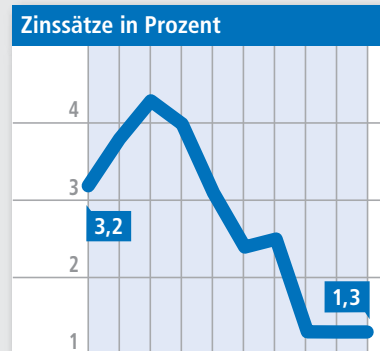
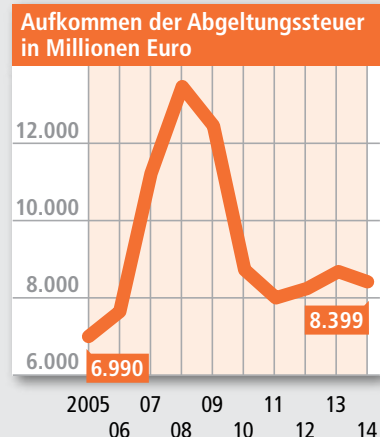
Die geringeren Zinsen und die gesunkenen Kontostände haben dazu geführt, dass das Aufkommen aus der Abgeltungssteuer (Kasten) um fast 4 Milliarden Euro zurückgegangen ist (Grafik).

Rechnet man die eingesparten Zinszahlungen des Staates dagegen, hat dieser 2013 immer noch ein Plus von 33 Milliarden Euro gemacht.

Für dieses Jahr prognostizieren die Steuerschätzer zwar ein weiteres Absinken des Aufkommens aus der Abgeltungssteuer auf 8,4 Milliarden Euro. Trotzdem dürfte der Staat auch 2014 unterm Strich 30 Milliarden Euro mehr in der Kasse haben als ohne Billigzinspolitik.

Sinkende Zinsen, weniger Steuern

Seit 2009 muss auf Erträge aus Zinsen sowie aus Kursgewinnen veräußerter Wertpapiere die sogenannte Abgeltungssteuer bezahlt werden. Für alle Kapitaleinkünfte gilt ein Steuersatz von 25 Prozent zuzüglich Solidaritätszuschlag und gegebenenfalls Kirchensteuer. Bis 2008 musste für Zinseinkünfte eine Zinsabschlagssteuer in Höhe von 30 Prozent an den Fiskus abgeführt werden.



2014 Aufkommen laut Steuerschätzung, Zinssätze 2014: Mittelwert Januar bis Juli; Zinssätze: Emissionsrenditen von Anleihen der öffentlichen Hand
 Ursprungsdaten: BMF, Deutsche Bundesbank

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - iwvd 44

Adressaufkleber

Steuern auf Zinsen

Bis Ende 2008 hat jede Bank von den Zinseinnahmen ihrer Kunden direkt 30 Prozent an den Fiskus abgeführt. Diese Quellensteuer wurde anschließend mit der Einkommenssteuer des Sparers verrechnet. Seit 2009 wird eine Abgeltungssteuer auf Zinsen und Veräußerungsgewinne erhoben. Der Steuersatz beträgt 25 Prozent. Im Gegensatz zu früher ist damit die Besteuerung grundsätzlich abgeschlossen, Kapitaleinkünfte müssen nicht mehr in der Steuererklärung angegeben werden. Zwischen 2008 und 2009 sind die Steuereinnahmen aus Zinseinkünften um rund 1 Milliarde Euro gesunken.

Dieser Ausgabe liegt unsere Veröffentlichung „Wirtschaft und Unterricht“ bei.

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellv. Chefredakteur: Klaus Schäfer (verantwortlich)

Redaktion: Andreas Wodok (Textchef), Berit Schmiedendorf, Sara Schwedmann, Alexander Weber

Redaktionsassistentz: Ines Pelzer
Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen
Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iwvd@iwkoeln.de

Bezugspreis: € 8,84/Monat, zzgl. € 3,08 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer, Erscheinungsweise wöchentlich

Abo-Service: Therese Hartmann, Telefon 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de

Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln, Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim

Dem iwvd wird einmal monatlich (außer Juli und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
 Rechte für elektronische Pressespiegel unter: www.pressemonitor.de

iW.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.